Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 3

Artikel: Deutschlands neue Länder : das Jahr der Ernüchterung
Autor: Bergström, Siegfried
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164889

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Siegfried Bergström

Deutschlands neue Länder

Das Jahr der Ernüchterung

1989 — das Jahr der politischen Wende, der friedlichen Selbstbefreiung des Volkes der DDR aus dem Regime der Zentralverwaltungswirtschaft!

1990 — das Jahr des demokratischen Neubeginns in den ehemaligen DDR-Ländern, das Jahr der Erwartungen, der Hoffnungen, ja der Euphorie, vor allem das Jahr der deutschen Vereinigung!

1991 — das Jahr der harten wirtschaftlichen Tatsachen, der strukturellen Anpassung an die Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft, der Neuordnung der Länder und Kommunen, aber auch das Jahr der Ernüchterung und Enttäuschungen — letztlich das Jahr der Realitäten!

Es hat sich ein in der Weltgeschichte einmaliger Prozess vollzogen — das hinsichtlich seiner politischen Rahmenbedingungen wie seinen wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen.

Schon aus dem Rückblick auf 1989/90, unter dem Eindruck des Golfkrieges, der Ereignisse in der Sowjetunion und der Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Situation, wird deutlich, dass sich die deutsche Einheit in einem glücklichen Augenblick vollzogen hat, als das Zeitfenster für eine wahrscheinlich nur kurze Phase dafür geöffnet war.

Das wechselseitige Zusammenspiel von Staaten und Staatenblöcken ermöglichte diese historische Entwicklung. Die Vereinigung Deutschlands wäre ohne die politischen Ereignisse in Osteuropa und die sowjetische Haltung nicht realisierbar gewesen; ebensowenig ohne die politische Förderung, die wir aus den westeuropäischen Staaten und den USA erfahren haben. Der erfolgreiche Aufbau der Wirtschaft in den östlichen Bundesländern Deutschlands ist nicht allein durch die westlichen Bundesländer und den Bund zu leisten, er ist vielmehr eine europäische und darüber hinausgehende Aufgabe des Westens, wenn er in seiner Wirkung nach Osteuropa, insbesondere in die Sowjetunion, ausstrahlen soll.

Der generelle Strukturwandel unserer Gesellschaft ist überlappt durch gewaltige geographische und geopolitische Veränderungen, die unmittelbar auf die ostdeutschen Bundesländer durchschlagen.

Zu einer realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen in diesen Bereichen Deutschlands müssen wir einen Perspektivenwechsel vornehmen. Es genügt nicht mehr, nur auf das deutsche Segment

der europäischen Landkarte zu blicken. Der Golfkrieg und seine globalen Auswirkungen machen deutlich, dass wir den gesamten Erdball in den Blick nehmen müssen. Beim Denken in diesen globalen wirtschaftlichen Zusammenhängen wird sichtbar, dass die Volkswirtschaften nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Europas zusammenrücken müssen, wenn Europa seine weltpolitische Position erhalten will. Insofern ist die Frage nach der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern nicht nur ein Problem Sachsens, Sachsen-Anhalts, Thüringens, Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns — wie es gegenwärtig aus der Sicht der dortigen Länderparlamente und auf der bundesdeutschen politischen Bühne so erscheint —, sondern von eminenter europäischer Bedeutung.

Ein lang andauernder Niedergangsprozess in Ostdeutschland hat negative Wirkungen auf die osteuropäischen Staaten und hemmt ihre Reformbewegungen. Ernst zu nehmende Signale sind heute schon erkennbar. In dieser Sicht sind alle gegenwärtigen und künftigen Abläufe in den neuen deutschen Bundesländern zu beurteilen. Vor der Bundesregierung — wie auch vor allen deutschen Länderregierungen — steht die enorme Aufgabe, die Erwartungen, Forderungen und berechtigten Ansprüche aller gesellschaftlichen Gruppen annähernd zu harmonisieren.

Die Kunst des Regierens wird darin liegen, ein ausgewogenes Verhältnis dazu zu finden, was in den nächsten Jahren dringlich, machbar und finanzierbar ist, um die ostdeutschen Bundesländer an das Niveau der westdeutschen heranzuführen. Die Kardinalaufgabe ist es, den gegenwärtig rapiden wirtschaftlichen Niedergang im Osten Deutschlands nicht nur zu stoppen, sondern umzukehren.

Natürlich sind die Voraussetzungen dafür zunächst ungünstig. Die Umstellung des bisherigen Wirtschaftssystems auf die soziale Marktwirtschaft musste Probleme und Schwierigkeiten unvorhersehbaren Ausmasses mit sich bringen. Man stand vor der Frage: Schocktherapie oder langsame Reformen?

Ein langer Prozess

Vergegenwärtigt man sich, welche Zeitdauer die Umstellung des Wirtschaftssystems in anderen Ländern Osteuropas erfordert und welchen qualvollen Weg sie zu beschreiten haben, so ist zweifellos die deutsche Entscheidung einer rigorosen Umstellung der Wirtschaft und der Sicherung der Unumkehrbarkeit der Marktwirtschaft, trotz aller noch zu lösenden Probleme, richtig.

Sicher muss man heute realistisch einschätzen, dass der Umstellungsprozess in den neuen deutschen Bundesländern noch etwa 5 bis 10 Jahre dauern wird. Immer sichtbarer werden die Dimensionen der Umstellungsproblematik. Umstellung bedeutet in unserem Fall nicht nur die strukturelle Anpassung der Wirtschaft, sondern auch die Übernahme bis dahin fremden Rechts (seit dem 1. Januar 1991 gilt in allen Bundesländern das gleiche deutsche Recht), den Neuaufbau einer Staats- und Gemeindeverwaltung sowie einer Rechtspflege, die den Anforderungen einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung und einer wettbewerbsgesteuerten Marktwirtschaft gerecht zu werden hat.

Für die ostdeutschen Bundesländer wirkt darüber hinaus ein weiterer externer Wirtschaftsfaktor. Die ehemalige Deutsche Demokratische Republik war ein Staatshandelsland, das im Rahmen des COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) eine autarke Wirtschaftspolitik verfolgte. Obgleich ihre Wirtschaft mit etwa 10 Prozent ihres Aussenhandels auf dem Markt der Bundesrepublik Deutschland und mit einem etwa gleich hohen Anteil auf den Märkten der übrigen westeuropäischen Staaten vertreten war, war sie nicht in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Mit der deutschen Vereinigung wurde die Wirtschaft der neuen ostdeutschen Länder infolge der Öffnung aller Aussenwirtschaftsgrenzen dem Wettbewerb nicht nur der westdeutschen Wirtschaft, sondern auch dem Wettbwerb der Wirtschaft der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie dem Wettbewerb aller anderen westlichen Ländern ausgesetzt.

Diejenigen Wirtschaftsbereiche, die ihre Wettbewerbsfähigkeit im geschlossenen Wirtschaftssystem des COMECON dessen Abschirmung gegenüber der westlichen Wirtschaftswelt verdankten, mussten als Folge der Öffnung der Handelsschranken und des gleichzeitigen Zusammenbruchs des COMECON in abrupte Schwierigkeiten geraten. Das Ausmass der Umstellungs- und Anpassungsprobleme ist daher erheblich grösser als ursprünglich angenommen.

Dramatischer Rückgang

Die wirtschaftliche Trennlinie zwischen Ost und West verläuft quer durch Deutschland. Während das Konjunkturbarometer der deutschen Industrie in den westlichen Bundesländern in den zurückliegenden Monaten, trotz oder besser mit dem Eintritt der neuen östlichen Bundesländer in das gemeinsame Deutschland, unverändert auf positiv steht, hat sich die wirtschaftliche Lage in den östlichen Bundesländern dramatisch verschärft. Die westdeutsche Industrie in den alten Bundesländern hat ihre Produk-

tion 1990 um 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert, während sie in den neuen Bundesländern um mehr als 20 Prozent zurückgegangen ist.

Die Verlagerung der Wachstumsdynamik in die westlichen Bundesländer hat eine ihrer Ursachen in dem vom Osten ausgelösten Nachfrageschub, insbesondere durch den Nachholbedarf im Konsumgüterbereich.

Typische Verbrauchsgüterbranchen wie der Nahrungs- und Genussmittelbereich erzielte mit 14 Prozent, gefolgt von Investitionsgüterbranchen wie dem Maschinen- und Anlagenbau mit 5 Prozent und dem Bauhauptgewerbe mit 4,2 Prozent, den grössten Zuwachs. Demgegenüber steigt in den östlichen Bundesländern die Anzahl der Firmenzusammenbrüche, wächst die Arbeitslosigkeit und treiben die Länder, Städte und Gemeinden einem finanziellen Kollaps entgegen.

Um zu grundlegenden und rasch greifenden Veränderungen zu kommen, die sich auch wirtschaftlich und sozial auswirken, sind vor allem die vier folgenden Aufgaben sofort in Angriff zu nehmen:

1. die Sicherung der Eigentumsrechte über gesetzliche Regelungen,
2. die Verbesserung und Erneuerung der Infrastruktur,
3. der Aufbau einer funktionstüchtigen Verwaltung sowie Einkommens- und Steuerregulative und
4. die gesetzliche Klärung und Entscheidung zur Altlastenhaftung.

Sehen wir uns diese Problemkreise näher an:

Zu 1.: In diesem Jahr wäre der deutsche Nationalökonom Walter Eucken (1891—1950), einer der Väter der Theorie der freien Marktwirtschaft und der Wettbewerbsordnung, 100 Jahre alt geworden (vgl. Willy Linders «Blickpunkt», S. 173).

Grund genug, sich an seine Erkenntnisse zu erinnern. Auf der Grundlage des Postulats des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und der freien privatwirtschaftlichen Tätigkeiten werden von ihm die vielfältigen Zusammenhänge jedes Wirtschaftslebens analysiert und systematisiert. Die Freiheit des Marktes ist überhaupt nur möglich, wenn privates Eigentum gewährleistet ist und individuelle Motive die Wirtschaft bestimmen. Diese alten Erkenntnisse sind aber zur Zeit in den neuen deutschen Bundesländern noch keineswegs verwirklicht. Immer mehr erweisen sich die ungeklärten und ungeregelten Eigentumsverhältnisse als entscheidendes Hemmnis jeder Investitionstätigkeit.

Dringliche Privatisierung

Die Privatisierung im Grossen wie im Kleinen duldet keinen weiteren Aufschub mehr. Dafür sind durch die Bundesregierung gesetzliche Rege-

lungen zu schaffen und bürokratische Barrieren in den neuen Bundesländern schnell zu beseitigen. Eine entscheidende Initiative stellt dazu der Gesetzentwurf der Bundesregierung von Anfang Februar 1991 «zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen» in den neuen Bundesländern dar. Danach sollten Investitionen zum Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätze künftig auch dann möglich sein, wenn die Eigentumsverhältnisse noch nicht endgültig geklärt sind. Diese Möglichkeit ist im Gesetz über die Regelung offener Vermögensfragen aus dem Einigungsvertrag enthalten. Mit der Rückgabe von Unternehmen soll deshalb nicht in jedem Fall gewartet werden, bis die Eigentumsverhältnisse auch grundbuchmässig eindeutig klar sind. Vorgesehen ist vielmehr, dass Anspruchsteller auf der Basis von Kauf- oder Pachtverträgen in das beanspruchte Unternehmen «vorläufig einzuweisen» sind. Kaufpreis oder Pachtzins sind nur zu bezahlen, wenn sich die Ansprüche später als unberechtigt herausstellen. Das Geld geht dann an den rechtmässigen früheren Eigentümer.

Auch sonstige Interessenten können den Zuschlag erhalten, wenn ein Unternehmen nicht anders zu erhalten ist. Betriebe sollen dabei nur als Ganzes veräussert werden, um das Herauslösen lukrativer Teile zu verhindern. Bei aller Entscheidungsfreude wird diese Gesetzesvorlage sicher nicht in dieser Form verabschiedet werden, da auf diese Weise nun wieder der Willkür von Städten und Gemeinden Tür und Tor geöffnet würde. Die Weisheit der Entscheidung der Gesetzgeber dürfte auch hier in der Mitte liegen.

Mangelnde Investitionen

Das Investitionsgesetz, das bisher nur den Verkauf von ehemals volkseigenem Grund und Boden erlaubt, soll so geändert werden, dass auch langfristige Verpachtung, Teilverkauf und Investitionen darauf möglich sind.

Festgelegt werden soll mit dem Gesetzespaket von neun Gesetzesänderungen bzw. neuen Gesetzen auch, dass sich Ansprüche auf Rückgabe von Unternehmen und Vermögen generell gegen den derzeitigen Besitzer, häufig gegen die Treuhandanstalt, nicht aber gegen den Staat richten. Mit diesen Gesetzen könnten wesentliche Impulse zu einer erhöhten Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern ausgelöst, könnten Arbeitsplätze erhalten und die fatale Abwanderungswelle aufgehalten werden.

Zur Zeit wird von westdeutscher Seite noch zu wenig investiert, werden die neuen Bundesländer vor allem als gewinnbringender Markt betrachtet. Der Aufbau im Osten wirkt fast wie ein Konjunkturprogramm für den

Westen. Für 1991 werden zwar gegenwärtig — nach einer Umfrage des «Bundesverbandes der Deutschen Industrie» — rund 10 Milliarden DM Direktinvestitionen der westdeutschen Unternehmen in die neuen Bundesländer fliessen. Mit dazu notwendigen weiteren peripheren Investitionen käme man auf etwa 26,5 Milliarden DM. Wird diese sicher zunächst gross erscheinende Summe mit dem Investitionsvolumen für die Alt-Bundesländer von 1990 von etwa 120 Milliarden DM verglichen, so nimmt sie sich jedoch recht bescheiden aus.

Mehr Investitionen sind nötig. Es gilt vor allem, damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Abwanderung von jungen, kreativen Menschen aufzuhalten, die uns in wenigen Jahren fehlen werden. 1990 haben immerhin 690 000 Menschen die ostdeutschen Länder in Richtung Westen verlassen, und auch 1991 wird wieder mit etwa 460 000 jungen Leuten gerechnet. Nicht die zentripetalen Kräfte der Migration der Arbeitskräfte zum Kapital stärken die deutsche Wirtschaft, sondern die zentrifugalen Kräfte der Anziehung des Kapitals zu den Arbeitskräften.

Fragen an die Treuhand

Immer wieder erweist sich die Treuhandanstalt zur Überführung der über 8000 ehemaligen Staatsbetriebe in Privateigentum den ihr übertragenen Aufgaben nicht gewachsen. So entspricht die Struktur der Treuhand, trotz einiger Veränderungen, nicht der politischen Struktur der Länder. Nach wie vor werden zu viele Entscheidungen zentralistisch vorbereitet und getroffen, anstatt mit den Ländern und Kommunen angepasste Wege zu suchen.

Das gilt auch für die Vernachlässigung der mittelständischen Komponente. Es ist gerade die Sicherung der mittleren Betriebsgrössenstruktur, die verhindert, dass unsere Wirtschaft wieder in neuen überdimensionierten Gefügen erstarrt. Die Treuhandanstalt, gegenwärtig in ihrer Besetzung stark durch die Grossindustrie majorisiert, muss — auch unter Nutzung der neuen Gesetze — sich stärker als bisher um regionale und mittelständische Problemlösungen bemühen.

Die mittelständische Existenzgründung und -förderung bleibt ein wichtiges Ferment innovativer Volkswirtschaft. Das Ende des Mittelstandes in den neuen deutschen Bundesländern würde zugleich die Zementierung seines wirtschaftlichen Abstiegs bedeuten.

Das wirkt sich insbesondere auf die Dynamik der Arbeitslosigkkeit in den ostdeutschen Bundesländern aus. Immerhin wurden Ende Januar 1991 rund 757 000 Arbeitslose (das entspricht einer Arbeitslosenquote

von 8,6 Prozent) und 1 856 000 Kurzarbeiter, die früher oder später in die Arbeitslosigkeit eingehen können, gezählt, während die Arbeitslosenquote in den westlichen Bundesländern auf 6,4 Prozent zurückgegangen ist. Ein Anstieg auf 3 Millionen Arbeitslose wäre damit nicht mehr auszuschliessen.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Neben den Investitionen in grosse Unternehmen sind es vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe, die bei einer entsprechenden wirtschaftlichen und steuerlichen Förderung in kurzer Zeit mehr als 1 Million Arbeitsplätze schaffen könnten.

Die gegenwärtig laufenden beruflichen Weiterbildungsmassnahmen betreffen nur rund 35 000 Arbeitnehmer. Dabei sind objektiv günstige Investitionsmöglichkeiten gegeben, und das östliche Deutschland bringt viel in die deutsche und die europäische Wirtschaftslandschaft ein. Der geographische Standortvorteil zwischen West- und Osteuropa muss immer wieder hervorgehoben werden. Das Arbeitskräftepotential ist qualitativ gut, und die Effizienz der Investitionen kann positiv beurteilt werden. Das gilt auch für die Lohnentwicklung der nächsten Jahre. Lohndifferenzierungen im Verhältnis zu den Produktivitätssteigerungen und günstigere Unternehmensbesteuerungen wirken sich dabei förderlich aus.

Nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Unternehmen fänden, wenn die Eigentumsfragen in der vorgenannten Weise einer raschen Klärung zugeführt werden, günstige Standortbedingungen und ein freundliches Investitionsklima.

Schwache Infrastruktur

Zu 2.: Zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern muss die Infrastrukturerneuerung wesentlich beitragen. Der schlechte Zustand der Infrastruktur in den neuen Bundesländern stellt somit ein weiteres gravierendes Haupthindernis für die erforderlichen privaten Investitionen dar. Im Bereich Transport und Telekommunikation sind einerseits grosse Löcher zu stopfen und liegen andererseits beträchtliche Entwicklungspotentiale. Unkonventionelle Wege privatwirtschaftlichen Engagements und politische Phantasie sind erforderlich, um sie zu erschliessen. Private Investitionen in Verkehrs- und Telekommunikationsprojekte sind ebenso erforderlich, wie die Sicherstellung kommunaler Energieversorung und verschiedener Entsorgungsaufgaben mit Hilfe privater Unternehmen. Benötigt wird eine leistungsfähige, mit Unternehmen verbundene Forschungsinfrastruktur. Bildung und Wissenschaft müssen auf das neue Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingestellt werden.

Sicher erfordern all diese infrastrukturellen Aufgaben einen hohen Finanzbedarf. Ebenso gewiss ist, dass dieser nicht über die öffentlichen Hände verfügbar ist.

Ungerechte Verteilung

Allein gegenwärtig brauchen die neuen Bundesländer rund 35 bis 50 Milliarden DM für 1991, um die dringlichsten verwaltungstechnischen und sozialen Aufgaben der Länder, Städte und Gemeinden abdecken zu können. Fehlende Steuereinnahmen und eine bis jetzt noch ungerechtfertigte Verteilung der Finanzmittel zugunsten der westlichen und zu Lasten der östlichen Bundesländer behindern den Aus- und Aufbau der Infrastruktur aus staatlichen Haushalten und hemmen damit wiederum die Investoren. Die Infrastrukturaufgaben sind letztlich nur zu lösen, wenn die Mobilisierung in- und ausländischen privaten Kapitals gelingt. Die damit verbundenen politisch-rechtlichen Entscheidungen, die zu treffen sind, müssen vor allem dem Wettbewerb im Infrastrukturbereich förderlich sein und damit zu einer höheren wirtschaftlichen Effizienz beitragen. In der Wirtschaft haben sich die marktwirtschaftlichen Lösungen gegenüber staatlichen Regulierungen als überlegen erwiesen. Regulierungen sind immer mit weniger Effizienz und mehr Bürokratie verbunden. Deregulierung heisst deshalb die Devise, die vor allem in den neuen Bundesländern mit weniger ordnungspolitischem Aufwand als in den alten praktiziert werden könnte.

Bei grösserer Einbeziehung des privaten Unternehmertums in die Finanzierung und das Betreiben von Infrastruktur-, besonders von Verkehrsinfrastrukturprojekten, sind einerseits bestehende rechtliche Rahmenbedingungen zu verändern, andererseits können jedoch Gesetze angepasst werden, ohne die hoheitlich und verfassungsmässig gesicherten Rechte und Pflichten des Bundes an private Unternehmen zu übertragen. Das «Leasing-Modell» des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sieht u. a. vor, dass der Staat privat geplante, finanzierte und gebaute Strassen anmietet. Ähnliche Beispiele gibt es auch im Bereich der Umweltindustrie. In allen Fällen bleibt der Betreiber an die geltenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen gebunden und kann privates Kapital sinnvoll einsetzen. Das gilt auch für das öffentliche Auftragswesen. Marktwirtschaftliche Reformen müssen schnell dazu beitragen, dass aus den unübersichtlichen Resten planwirtschaftlicher Strukturen eine kompetente staatliche Beschaffungsinstitution wird, dass mit der Privatisierung der Wirtschaft konkurrenzfähige Angebote aus den eigenen Ländern kommen sowie Interessenten aus dem EG- und EFTA-Raum gleichberechtigt die Möglichkeit eingeräumt wird, sich um Investitionen und Realisierungsvorhaben

in der Verkehrsinfrastruktur, aber auch in anderen Infrastrukturbereichen und der Bauwirtschaft zu bewerben.

Not der Gemeinden

Zu 3.: Kommunen sind nicht nur elementare Verwaltungsbestandteile der deutschen Länder, sondern vor allem die Basis für wichtige Leistungen gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Voraussetzung für die Erfüllung dieser kommunalen Aufgaben ist das Vorhandensein einer leistungsfähigen institutionellen Infrastruktur.

Hierzu zählen kommunale Verwaltungen, Wirtschaftsförderungsorganisationen, Raum- und Landesentwicklungsplanungen sowie soziale Einrichtungen. Ihrem schnellen und soliden Aufbau kommt für die Entwicklung in den neuen Bundesländern eine entscheidende Rolle zu. Dass infolge ungenügender Finanzbereitstellung gerade für die Kommunen diese Elemente fehlen und dieser Tage in Sachsen etwa 500 Bürgermeister öffentlich auf ihre Not aufmerksam machen und vor dem Landtag demonstrieren, verdeutlicht das Dilemma.

Gerade auf kommunaler und regionaler Ebene werden schliesslich die sachlichen Voraussetzungen für eine rasche wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. Dabei geht es um die Erschliessung von Industrie- und Gewerbeflächen, den Auf- und Ausbau von Gewerbezentren, Ausbildungs- und Fortbildungsstätten. Diese Formen wirtschaftsnaher Infrastruktur sind bedeutende Faktoren im Standortwettbewerb der Regionen und bedürfen der Unterstützung im Rahmen der Regionalförderung.

Allerdings sind diese erforderlichen Aktivitäten nicht das einzige Problem im Verwaltungsbereich. Dazu gehören auch die Einführung eines investitionsfreundlichen Steuersystems in den neuen Bundesländern sowie die Beschleunigung und Vereinfachung öffentlicher Planungs- und Genehmigungsverfahren, so z. B. im Bauwesen. Hier sind Administration und Gesetzgeber gefordert, um noch in diesem Jahr zu spürbaren und wirksamen Veränderungen in den neuen Bundesländern zu kommen.

Für unkonventionelle Schritte

Zu 4.: Schliesslich bedarf es zur Lösung der Schranken des Wirtschaftsaufbaus rechtlich eindeutiger Regelungen der Altlastensanierung nach Verursacherprinzip. Die ungeklärten Haftungsansprüche bei belasteten Betriebsgrundstücken, die verkauft werden sollen, erweisen sich als bedeutende Investitionshemmnisse für industrielle Investoren. Das gilt vor allem

auch wieder für mittelständische Unternehmen, bei denen unter diesen Bedingungen mitunter die drei- bis vierfachen Kosten für Altlastensanierung gegenüber dem reinen Kaufpreis eines Grundstückes auftreten können.

Insgesamt sind noch viele traditionelle und auch unkonventionelle Schritte nötig, um rasch zum nötigen wirtschaftlichen Aufschwung in den östlichen Bundesländer Deutschlands zu gelangen. Einer davon ist das Engagement der Dresdner Bank, über die Gründung einer «Dresdner Beteiligungsgesellschaft für die deutsche Wirtschaft» zeitweilig die Kapitalanteile an deutschen Unternehmen zu übernehmen, deren Privatisierung auf Schwierigkeiten stösst und deren Sanierung — bei Entlastung der Treuhandanstalt — professionell zu betreiben, des weiteren in Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt und dem Bundeswirtschaftsministerium für den Investitionsstandort der neuen deutschen Bundesländer zu werben.

Beim Wirksamwerden dieser und anderer Massnahmen kann sicher die wirtschaftliche und soziale Talsohle schneller durchschritten und das Potential zur Geltung gebracht werden, über das diese neuen deutschen Bundesländer verfügen.